

Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Auf dem Weg in die sozial-ökologische Marktwirtschaft

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt)

Änderungsantrag zu WKF-05

Von Zeile 299 bis 312:

Rechtsanspruch auf Weiterbildung begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird damit Teil des öffentlichen Bildungsauftrags. ~~In allen Kommunen wollen wir Bildungsagenturen schaffen. Sie sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird zu einer **Arbeits- und Weiterbildungsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen Jahrhunderten damit begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im 21. Jahrhundert im Rahmen der Arbeitslosenversicherung eine Garantie auf Weiterbildung festschreiben. Sie sollte sowohl die Weiterbildung finanzieren als auch den Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen. Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich weiterbilden wollen. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu einer **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen Jahrhunderten damit begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im 21. Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung festschreiben. Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch den Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als die Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im Rahmen der Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch auf berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.~~

Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale Anlaufstellen für alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn sie geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die Bildungsagentur von der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits starke vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards eingehalten

werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen. Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich weiterbilden wollen.

weitere Antragsteller*innen

Kai Gehring (KV Essen); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Anja Margarete Helene Hajduk (KV Hamburg-Nord); Katja Dörner (KV Bonn); Beate Walter-Rosenheimer (KV Fürstenfeldbruck); Markus Kurth (KV Dortmund); Alexander Link (KV Heidelberg); Margit Stumpp (KV Heidenheim); Corinna Rüffer (Trier KV); Jan Landmann (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Renée-Maike Pfuderer (KV Stuttgart); Dorothee Schulte-Basta (KV Berlin-Neukölln); Ulle Schauws (KV Krefeld); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Sven Lehmann (KV Köln); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.